

Kriegeln.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an Bestimmung vorgeschriebenen Tagen oder Wägen können wir kein Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Ausgabe von Zwieback für Kinder bis einschließlich 10 Jahre und an Personen über 60 Jahre.

Vom Donnerstag den 2. November 1918 ab wird an jedes Kind im Alter bis zu 10 Jahren und an Personen über 60 Jahre in denjenigen Verkaufsstellen, in denen diese zur Abgabe angemeldet sind, 1 Pfund Zwieback oder Reis zum Preise von 40 Pfennig abgegeben. Merseburg, den 13. Nov. 1918. Das städtische Lebensmittelamt. L. A. II 3147/18.

Ausgabe von Quadenbluttee am Freitag den 15. November 1918, nachmittags von 2 Uhr ab, in der städtischen Scheune an der Weissenhofer Straße (gegenüber dem Anlandisplatz).

Infolge der harten Nachfrage können in dem Haushalt, der seine Bestellung in der vorgeschriebenen Weise angefordert hatte, doch nur 60 g Lindenbluttee ausgeteilt werden. Die Abgabe erfolgt kostenlos. Merseburg, den 13. Nov. 1918. M. 1857/18. Der Magistrat.

Wohnumwandlung.

Der auf Mittwoch den 20. d. M. festgelegte Bodenmarkt wird wegen des auf diesen Tag fallenden Vortages auf Dienstag den 19. November verlegt. Merseburg, den 12. Nov. 1918. Die Polizeiverwaltung. P. I. 785/18.

Schlussrechnung.

Die Auszahlung der Kriegsfamilien-Unterstützung erfolgt in nachstehender Reihenfolge: Freitag den 15. November 1918. 801-1000 " 9-10 " 1001-1200 " 10-11 " 1201-1400 " 11-12 " 1401-1700 " 12-12 2/2 "

Sonabend den 16. November 1918. 201-200 " 9-10 " 201-240 " 10-11 " 241 bis zum Schluss von 11-12 Uhr. Merseburg, den 13. Nov. 1918. Die Zahlstelle.

Antike Annahme- und Verkaufsstelle für geringere Beteiligung Merseburg, Rasstr. 4, Fernsprecher 591.

Getragene Frauen- u. Mädchenmäntel und Jackentücher sind in größerer Anzahl vorhanden. Die Abgabe erfolgt nur gegen Anweisungen des städtischen Wohlfahrtsamts, außerdem ist Beitragszahlung erforderlich. Anträge werden durch Frauenhilfen, Kriegsfürsorgestellen, Armenvereine u. dgl. vermittelt.

Nächster Verkaufstag

Dienstag den 19. November 1918. Merseburg, den 13. Nov. 1918. M. 1856/18. Der Magistrat.

Waisenmutter

im Christinen-Waisenhaus in Merseburg

zu belegen. Rüstige, alleinstehende, evangelische Bewerberinnen im Alter von nicht unter 30 und nicht über 45 Jahren mit guter Schulbildung, die im Kochen, in Reinigungsarbeiten und in weiblichen Handarbeiten erfahren, auch imstande sind die häusliche Beschäftigung der Waisennädchen zu überwachen, wollen sich bis 1. Dezember bei dem Inhaber des Waisenhauses schriftlich melden. Die Meldung ist bezuigen ein selbstgezeichneten Lebenslauf, ein polizeiliches Führungsattest und etwaige Zeugnisse über frühere Dienste oder Anstellungen. Die Stelle gewährt neben freier Wohnung, Kost, Licht und Feuerung ein monatliches Gehalt, beginnend mit 450 Mark und um 25 Mark bis auf 600 Mark, und ein Weihnachtsgeld von 50 Mark. Dreimonatige Kündigung auf das Ende jedes Vierteljahres. Dienstantritt, wenn möglich, schon vor dem 1. April 1919. Merseburg, den 12. Nov. 1918. Die Inspektion des Waisenhauses.

Für die herzlichsten Glückwünsche und Ehrungen zur **hohen Hochzeit** lagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank. Collenbey, den 10. November 1918.

Otto Sinang und Frau Minna geb. Bretschneider.

Am 2. Oktober fiel unser innigstgeliebter Sohn und Bruder, der **Gefreite Paul Freyer** in einem Feld-Artillerie-Regt. durch feindliche Fliegerbombe dem grausigen Völkermorden zum Opfer. Dies zeigt jämmerlichst an **Paul Freyer nebst Familie.** Merseburg (Luisenstr. 12), den 13. November 1918.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen lagern herzlichen Dank im Namen der Hinterbliebenen **Max Teichmann.** Merseburg, den 13. November 1918.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen lagern auf diesem Wege herzlichsten Dank **Arthur König nebst Sohn, Familie Hermann Teichmann nebst Angehörigen.** Leipzig, Merseburg, den 13. November 1918.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden unserer so früh entschlafenen, unergötlichen Tochter und Schwester **Paula Dietze** ist es uns nicht möglich, jedem einzelnen zu danken und lagern auf diesem Wege allen und für den reichen und herrlichen Blumen-, Balmen- und Brautschmuck unsern herzlichsten Dank. **Schöpfung, den 10. November 1918.** In tiefstem Schmerze **Familie Dietze.**

Du darfst im Frühling Deines Lebens, Dein Geland tief dich aus der Welt, Des Arstes Hilfe war vergebens, Du gingst ein zur bessern Welt. Dein Todeskampf war schwer und heiß, Die Götter bewachte later Schweiß, Da hob das Herz ätzend sich, Da tanzt Gott und erböte dich. **Schöpfung, den 10. November 1918.**

Am 6. d. Mts. verstarb plötzlich an den Folgen einer tödlichen Krankheit unser Kollege, der Handlaren-Beruf **Wilhelm Händler.** Wir verlieren in ihm einen lieben Kollegen, der stets das Wohl unserer Bekanntschaften unterstützte hat. Merseburg, den 13. November 1918. Kreisverein Merseburg im Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig.

Am 6. d. Mts. verstarb plötzlich an den Folgen einer tödlichen Krankheit unser Kollege, der Handlaren-Beruf **Wilhelm Händler.**

Wir verlieren in ihm einen lieben Kollegen, der stets das Wohl unserer Bekanntschaften unterstützte hat. Merseburg, den 13. November 1918. Kreisverein Merseburg im Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1860 (B. G. S. Seite 265) sowie des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1893 (B. G. S. Seite 195) wird mit Genehmigung der Herrn Reg. Verwaltungspräsidenten zu Merseburg gemäß § 144 des letzteren Gesetzes für den Bezirk der Stadt Merseburg mit Zustimmung des Magistrats folgende Polizeiverordnung erlassen:

Artikel 1. Alle im Bezirke der Stadt Merseburg leer stehenden oder nicht vermieteten Familienwohnungen sind der Polizeiverwaltung binnen 3 Tagen nach der Kündigung oder dem Freiwerden anzuzeigen. Artikel 2. Die Anzeige hat unter Angabe der Anzahl der Räume, des Mietpreises und sonstiger Bedingungen entweder mündlich im Polizeigehaltszimmer während der Dienststunden von vormittags 8-1 Uhr oder schriftlich an die Polizeiverwaltung zu erfolgen.

Punkt 3. Zur Anzeige verpflichtet sind die Hauseigentümer oder deren beauftragte Stellvertreter, deren Namen der Polizeiverwaltung schriftlich anzuzeigen sind.

Punkt 4. Sobald eine Wohnung vermietet ist, hat der Verpflichtete dies der Polizeiverwaltung mündlich oder schriftlich ebenfalls binnen drei Tagen anzuzeigen.

Punkt 5. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Anordnungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mk., an deren Stelle im Unvermögensfalle Haftstrafe bis zu 3 Tagen tritt, bestraft.

Punkt 6. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Merseburg, den 20. Oktober 1917. I. 932/17. Die Polizeiverwaltung.

Gemeindlicher Wohnungsnachweis.

Für den Stadtbezirk Merseburg ist ein gemeindlicher Wohnungsnachweis errichtet worden. Er befindet sich im Rathhaus, Zimmer 16 (1. Obergesch.), und ist täglich vormittags von 8-1 Uhr geöffnet. Wohnungsuchende erhalten dadurch Gelegenheit, ihre Wünsche zur Aufnahme in eine W. te anzumelden und aus der freien oder frei werdenden Wohnungen ebenfalls geführten Liste zu ersehen, wo sie Wohnung finden können. Insbesondere soll nach Möglichkeit für die Unterbringung von findreicheren Familien gelangt werden. Alle Vermieter werden unter Besondere auf die in dem gleichen Zeitungsbogen veröffentlichte Polizeiverordnung über Anmeldung mit freien Wohnungen vom 20. Oktober 1917 an ihre Verpflichtung erinnert, alle freien oder freiwerdenden Wohnungen dem Magistrat Wohnungsnachweis unverzüglich zu melden und nicht darüber in die Lage zu setzen, die freiwerdenden Wohnungen den Wohnungsuchenden nachzutun. Die Benutzung des Wohnungsnachweises ist unentgeltlich. Merseburg, den 6. November 1918. M. A. 729/18. Der Magistrat.

Freundl. Schlafstelle in der Mitte der Stadt gesucht. Off. mit Preis unter H 25 L an die Exped. d. Bl. **5-6-Zimmer-Wohn.** oder 2 St. 3-4 Zimmer zum 1. 4. 1919 gesucht. Off. unter A A in der Exped. d. Bl. abzugeben. **Freundl. Schlafstelle** in der Mitte der Stadt gesucht. Off. mit Preis unter U 24 an die Exped. d. Bl. Suche für 1. April 1919 Wohnung. Preis 300-400 Mk. Offerten erbitte. **Kohlrort 21. barterre.**

Bekanntmachung.

Die Rechnung über die Verwaltung der Kirchenkasse St. Maximilian für das Rechnungsjahr 1917 liegt vom 14. bis 27. November d. J. im Magistratsbüro während der Dienststunden öffentlich zur Einsicht der Gemeindeglieder aus. Merseburg, den 13. Nov. 1918. Der Gemeindevorstand St. Maximilian. Berber.

Sonntag den 17. November Holz-Auktion

in Creppau. Darunter ein großer Bolzen Pflaumenbaum. Anfang 1 Uhr am Jbböchen Gehhof. Der Gemeindevorstand. S. W. Bartmann.

6 Gck. Diesjährige Hühner

verkauft **Winterhühner** (Samt) zu verkaufen. Johannstr. 1, 1 Tr. Puppenwagen, Puppenwiege und Puppenstube, noch gut erhalten zu verkaufen. Luisenstr. 16, 1 Tr.

Gebrauchtes Piano zu verkaufen

zu verkaufen **2 aufgefütterte Gänse** zu verkaufen. **Gut erhaltenes Tisch** wird zu kaufen gesucht. **Eine Matratze** zu kaufen gesucht. **Klappwagen** zu verkaufen. **Zimmer mit 2 Betten** (1 Bett frei) sofort zu vermieten. **Neu möbl. Zimmer** an besten Herrn sof. oder später zu vermieten. **Anst. Schlafstelle** für Herrn frei zu vermieten. **Freundl. Zimmer** für sofort leeres bezugsbares Zimmer. Offerten unter „100“ an die Exped. d. Bl.

Heirat.

2 junge Damen ersten Charakters, von gutem Aussehen und in gehobener Berufslage, wollen einen eigenen Verd. verdienen. Sie wünschen daher mit ernsthaften Herren in fester Berufslage in vorerit. bittlichen Verhältnisse zu treten. Anträgen unter K K 200 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. **Wer arbeitet aus alten Stoffresten warme Gänge?** Offerten unter A M 112 an die Exped. d. Bl. **Einige Arbeiter** für den Oberleitungsbau gesucht. **Gaubere Wajahnran** gesucht. **Buz- u. Reinnachstrafen** für Büros gesucht. **Arbeitszeit** von 2 Uhr mittags bis 10 Uhr abends. **Näheres** öffentliches Arbeitsnachweis, Al. Ritterstr. 17.

Einige Arbeiter

für den Oberleitungsbau gesucht. **Gaubere Wajahnran** gesucht. **Buz- u. Reinnachstrafen** für Büros gesucht. **Arbeitszeit** von 2 Uhr mittags bis 10 Uhr abends. **Näheres** öffentliches Arbeitsnachweis, Al. Ritterstr. 17.

Gaubere Wajahnran

gesucht. **Buz- u. Reinnachstrafen** für Büros gesucht. **Arbeitszeit** von 2 Uhr mittags bis 10 Uhr abends. **Näheres** öffentliches Arbeitsnachweis, Al. Ritterstr. 17.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319181114-16/fragment/page=0003



(Fortsetzung vom Hauptblatt.)

ist. Aus allen diesen Gründen ist es beauerlich, daß bisher die Arbeiter des Reichstages von der neuen Regierung nicht in Anspruch genommen worden ist. Eingreifende Schritte in der neuen Regierung wollen allerdings von einem Reichstag, sie wollen dem „Parlament“ überhaupt nichts wissen. Aber solange der Reichstag besteht und Ertrag für ihn nicht gezogen ist, sollen gerade Parteien, die bisher auf das Bestimmungsrecht der Reichsvertretung das allergrößte Gewicht gelegt und eine Erweiterung seiner Rechte erstrebt haben, dem Reichstag gegen, was des Reichstages ist. Nun sind freilich auch innerhalb der neuen Regierung, wie aus mannigfachen Angaben erkennbar ist, nicht geringe Unzulänglichkeiten vorhanden. So schreibt z. B. die radikale Leipziger Volkszeitung am Montag: „Der Eintritt der Genossen Quast, Stramm und Berg in die neue sozialistische Regierung neben den Vertretern der Rechts-Sozialdemokraten Geert, Scheibemann und Lenzberg wird manchen braven Kämpfer anderer Parteien mit Enttäuschung, ja mit Verzweiflung und bitteren Vorwürfen erfüllt haben.“ Diese schmerzliche Lage der Sozialdemokraten, die bisher zu den fortschrittlichsten Parteien im Reichstag gehört haben, soll wenigstens nicht unbekannt werden. Sie wird aber auch in den Augen ihrer eigenen Parteigenossen nicht erleichtert, wenn sie sich in dieser ersten Stunde über die erwünschte Vertretung des deutschen Volkes hinwegsetzen.

Das freiheitliche Bürgertum und die Revolution.

Aber dieses jetzige Thema sprach in Magdeburg am Sonntag der bekannte Führer der fortgeschrittenen Sozialpartei Pressantius-Korffher Lehrtr Doer. In seiner beachtenswerten Ansprache wies er auf die vollendete Tatsache der Revolution hin, die die Folgen zu dem 500 Jahre wie ein Ziel im Meer gehandelt, zum Klaratut veranlaßt habe. Wir können uns in dem Augenblicke eines Wendepunktes befinden, in einem wichtigen Augenblicke, durch den der Wind einzuweilen nicht zu bringen vermag. Aufgabe und Pflicht jedes einzelnen ist es nun aber, seine Kraft für das Ganze einzusetzen, damit in möglichst ruhigen Bahnen die freiheitliche Entwicklung ihren Fortgang nehmen. Der Redner kam auf einzelne Dinge zu sprechen, die unbedingt angeht werden müssen. In erster Linie sei eine vollständige weitgehende einseitige Sozialreform im ganzen deutschen Lande durch eine Einheitspartei zu erreichen, in der alle Kinder des Volkes zusammen in dem gleichen Unterricht stehen und von wo aus dann dem einzelnen der weitere Aufstieg ermöglicht werden kann. Dann werde auch der Ansporn „freie Bahn dem Talente“ sein. Zweitens müßte es möglich sein, von unten herauf bis zu den höchsten Stellen zu gelangen. Der jetzige Reichstag hat die Möglichkeit verloren, auch in Zukunft einzuwirken und die Möglichkeit der Umgestaltung seiner Grenzen in diesem Maße erweitert. Er auseinander wurde die Geschichte des neuen Reichstages in die Hand zu nehmen. Mit einer Vorklärung im Lande mußte eine durchgreifende Steuerreform gehen, die in der Hauptache direkte Steuern ins Auge faßt. In erster Linie mußte schon die jetzt langem geforderte höhere Grenzabgrenzung der Grundsteuer zur Deckung der enormen Schuldenlast herangezogen werden. Eine gründliche Reform erfordere auch unsere Diplomatie nach außen und innen. Wenn so eine bessere Zukunft für Deutschland heraufzue und seine Geschichte von den besten Seiten des Volkes geleitet wurden, dann müßte nach der traurigen Zeit eine bessere, erträgliche und idome deutsche Zukunft aufzubauen möglich sein. Eine politische Änderung ist aber nicht zu erwarten, in den nächsten Tagen und Wochen wenigstens nicht. Wenn jetzt alles im Übermaß gegeben werden, dann würden wir nach wenigen Monaten einen Zusammenbruch erleben, der schlimmer und verhängnisvoller sein würde, als er jetzt hätte werden können. Einzelne Schritte und Verfügungen seien jetzt auf eine ferne Zeit zu verschieben, aber niemand dürfe großtun behaupten, daß die Deutschen Reiches müßte als gleichberechtigter anerkannt und seine Hand nicht zurückziehen werden, wenn sie

bereit sei, mitzugeben an der Neugestaltung der Dinge; eine gesunde Opposition werde die Regierung gewiss auch zu erregen verstehen; habe doch Eugen Richter seinerzeit schon gesagt, die Opposition sei das Gewissen der Regierung. Diese Opposition habe in der Umgebung des Monarchen gesucht, und das sei ein großer Fehler gewesen. Jetzt freilich dürfe man sich nicht in Opposition zur Regierung setzen, jetzt sei es Pflicht jedes einzelnen, seine Kraft in den Dienst der Sache zu stellen und mitzuwirken an den neuen Aufgaben. Der Redner schloß seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit den Worten von Hoffmann von Fallersleben „Einigkeit und Recht und Freiheit für das Deutsche Vaterland, und dann! Und alle streben brüderlich mit Herz und Hand“.

In der Besprechung unterrichtete Stadtr. Siebald diese Ausführungen und teilte aus der Verammlung im Walballtheater mit, daß in Magdeburg auch die Fortschrittler aus Arbeiter- und Sozialpartei mit herangezogen werden würden. Oberbürger Georg Hübner aus, es rügte sich jetzt, daß in der Nähe des Monarchen keine Männer gestanden hätten, die ihm den rechten Weg wiesen, und daß Männer, die die Wahrheit sagten, verschwinden mußten. Es sei das Unglück des Monarchen gewesen, daß er die Wahrheit nicht vertragen konnte. Er brachte schließlich folgende Resolutionen vor: 1. Die von der Reichsregierung einberufene Verammlung des freiheitlichen Bürgertums stellt sich auf den Loben der gegebenen Taten und ist bereit, an der sich anbahnenden Umgestaltung und Neuordnung der Reichsämter in gleichmäßigen Bahnen aufbauend mitzuwirken und geeignete Kräfte dazu zur Verfügung zu stellen.

Merseburg und Umgebung 13. November. Die Stadtverwaltung und die neue Volksregierung.

Dienstag früh haben, wie bereits gemeldet, zwischen den Vertretern des Arbeiter- und Sozialrates und dem Ersten Bürgermeister als Vertreter der radikalen Sozialistischen Organisationen über das gegenwärtige Verhältnis zum die Verwaltung der Stadt Magdeburg, z. B. der Vertreter des Arbeiter- und Sozialrates betont, daß die getroffenen Maßnahmen sich lediglich darstellen als Übergangsmassnahmen für die Zeit, bis eine endgültige neue Regelung eingeleitet sei, und daß sie den Zweck verfolgten, Ruhe, Ordnung und Sicherheit in der Bevölkerung zu bewahren. Der Erste Bürgermeister gab darauf an, daß es von ihm nicht als notwendig angesehen und Angelegenheiten gesehen habe, in aller Unklarheit jeder an seiner Stelle weiter zu arbeiten, weil nur auf diese Weise und wenn jetzt die Verwaltung nicht wieder

unterbrochen werden könnten. Die Beamten seien dies, auch wenn sie politische Gegner der Neuordnung seien, dem Wohle des Volkes und Vaterlandes nachzugeben. Alle öffentlichen Beamten und Angestellten seien auch wie vor voll und ganz. Vom Arbeiter- und Sozialrat wurde darauf betont, daß nicht beabsichtigt sei, die städtische Verwaltung außer den jetzigen Angehörigen zu stellen, bis hierzu bei der Zeit, wie die Verwaltung geführt wurde, ein Antrag nicht vorläge. Wenn sie für sich das Recht haben wollten, jede Umstrukturierung über die städtische Verwaltung zu erlangen, so sei auch diese Maßregel nur deshalb zu treffen, um unangehörigen Beamten und Angestellten durch Eingangsname in das amtliche Personal nachgehen und sie zur Verwaltung der Verwaltung überlassen zu können. Auch alle übrigen Punkte, die sie zur Verhandlung stellen würden, hätten lediglich den Zweck, Zusammenhang und Widerspruch in der jetzigen Zeit zu vermeiden. Man war darüber einig, daß die jetzigen Maßnahmen sich auf die städtische Verwaltung als solche und ihre Handhabung beziehen sollten, während dem einzelnen die freie Meinungsäußerung über die Verwaltung außerhalb des Amtes, wie schon anderen deutschen Volksangehörigen, gewährleistet bleiben müssen. Eine Umänderung in der städtischen Verwaltung vorgelegten Dienststellen trete nicht ein.

Daraufhin ist eine Einigung über folgende Sätze erfolgt:

- 1. Der Magistrat verpflichtet sich, den von den vorgelegten Dienststellen ergehenden Anordnungen in betriebl. Weise nachzukommen wie bisher.
2. Gegenüberstellungen gegen die vom Arbeiter- und Sozialrat betretene politische Auffassung dürfen ausschließlich nicht unterstellt werden.
3. Alle städtischen Beamten bleiben auf ihren Posten.
4. Dem Arbeiter- und Sozialrat wird das Recht eingeräumt, jede Anstalt über die städtische Verwaltung zu verlangen.
5. Amtliche Aufträge politischen Charakters bedürfen vor der Veröffentlichung der Zustimmung des Arbeiter- und Sozialrates.
6. Die Polizeibehörde bleiben in ihrer bisherigen Tätigkeit. Als Bewachung erhalten sie vom Arbeiter- und Sozialrat ihren Ausweise über die Berechtigung zum Führen dieser Waffe aus. Die Polizeibehörde haben sich den Anordnungen der sich anschließenden Mitglieder des Arbeiter- und Sozialrates zu fügen.
Man war sich darüber einig, daß die Ordnung des Sicherheitsdienstes in der bisherigen Weise zu erfolgen habe. Außerdem trägt der Sozialrat durch Streikroullens während der Dunkelheit für die Sicherheit der Stadt. Die Mitglieder des Arbeiter- und Sozialrates haben noch hervor, daß von ihrer Seite aus alles gegeben werde, um für Ruhe, Ordnung, Sicherheit und angemessenes Verhalten der Bevölkerung auf den Straßen zu sorgen. Der Magistrat hat in seiner obenstehenden Sitzung vom 12. November diesen getroffenen Vereinbarungen zugestimmt, und es ist zu hoffen, daß auf diese Weise unserer Stadt schonere Erschütterungen erspart bleiben.

Der Arbeiter- und Sozialrat richtet die dringende Aufforderung an die Bürgerschaft, die durch Anschlag und Veranschaulichung im „Groschenboten“ veröffentlichten Aufrufe und Anordnungen zu beachten und ihnen untertänig Folge zu leisten. Gleichzeitig wird ersucht, die Aufrufe durch Abstreifen zu beseitigen oder zu zerstören, wie es vielfach vorgekommen ist. Solche Elemente werden sofort durch Streikrecht abgeurteilt und haben schwere Strafen zu gewärtigen. Die Regierung in Magdeburg hat heute vormittag unter dem Einfluß des Arbeiter- und Sozialrates, und zwar ist die Form die gleiche, wie bei der Stadtbewachung. Die Verhandlungen des U. u. S. Rates mit Regierungssprecher U. Gersdorff verliefen ohne Einnahme. — Es ist übrigens beachtenswert, für die Regierung des Reichs Verhandlung einen „Arbeiter- und Sozialrat“ zu bilden, auf dem aus jedem freie Mitglieder der dortigen Arbeiter- und Sozialräte delegiert werden sollen. Die Unterredung geht vom U. u. S. Rat in Halle

dann mit dem Regierungssprecher über die Verhandlung veranwortlich ausüben und alle Anordnungen mit unterzeichnen. Aber die Person dieses Beigeordneten benannt noch nicht.

Der Magistrat der Stadt Merseburg richtet an die Bürgerschaft folgenden Aufruf:

An die Bürgerschaft Merseburg! Hiermit werden wir uns an alle Einwohner Merseburgs mit der bringenden Bitte, in der jetzigen schweren Zeit in ganz besonderer Weise Ruhe, Ordnung und Besonnenheit zu bewahren. Uns allen ohne Unterschied der politischen Anschauung muß jetzt nur der eine Gedanke maßgebend sein, dem deutschen Volke noch Schmerzere: Ruhe und Ordnung zu erhalten. Der städtische Anstaltenbetrieb ist aber unvermeidlich, wenn jetzt gewalttätige Störungen eintreten, besonders in der Lebensmittelversorgung. Deshalb arbeiten alle städtischen Beamten und Angestellten in altemährter Pflanzene, unbestimmter durch politische Vorgänge, und allen Kräften wird ein jeder in seinem Amte, und deshalb nicht mit dem Arbeiter- und Sozialrat, Verhandlungen getroffen, die sämtlich dahin gehen, Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten. Der städtische Sicherheitsdienst wird

Die Jungfer Königin.

Original-Roman von G. Carstis-Mahler. 92. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Eine gewöhnliche Stelle war eingetreten. Auch der Kaiser schien überzichtig. Er wußte tatsächlich noch nichts über die Entlassung des Fräuleins, deren Heirat und neue Pflichtenstellung ihm Achtung abgewandt hatte. In diese Stelle hinein hätte Frau von Gallerns böses, etwas schrilles Organ: „Wie, liebe Helene — du hast deine vortreffliche Stütze entlassen?“ „Ja, lieber war ich dazu gezwungen“, erwiderte Frau von Gallern. „Und ist möglich? Was ist denn das vorgefallen?“ forschte Frau von Gallern weiter. Diese Frage ließ auf allen Gesichtern zu sehen. Mehr oder minder indifferente sie alle Anstehende. Frau von Gallern holte tief Atem. Dann sagte sie laut und normal: „Ach, das ist eine sehr unangenehme Geschichte. Ich habe die traurige Entdeckung machen müssen, daß Fräulein Jung die Tochter eines Fräuleins ist. Ihr Vater ist vor Jahren als Mörder verurteilt worden und ist im Zuchthaus gestorben.“ Eine unheimliche Stille folgte diesen Worten. Herr von Gallern war der einzige, dem diese Erklärung keinen großen Eindruck machte, weil er längst wußte, was seine Gastin eben berichtet hatte. „Aber liebe Helene, das hast du doch von Anfang an gewußt.“ Aber keiner Gastin konnte diese Worte auf seiner Zunge, und Frau von Gallern wollte nicht feiner: „Das ist furchtbar — so wollest du doch sagen.“

Jetzt fand auch Frau von Gallern die Sprache wieder. „Um Gotteswillen, liebe Helene, wach eine schreckliche Enttäuschung. Wer hätte das in diesem Mädchen gedacht.“ „So ist es wirklich nicht aus“, warf Gisa schaudernd ein. Und Klara nahm mit einer unachatablichen Gebärde ihre Kleider an sich und sagte trübselig: „Dabei hat sich diese Person immer den Anschein gegeben, als sei sie eine große Dame.“ Und sie und die Damen Gallern machten ihrem Entsetzen gehörig Luft. Dabei fiel das Stillschweigen der drei Personen nicht auf, die durch diese Nachricht am meisten betroffen worden waren. Carstis Augen hatten sich selber Schrecken zu dem von Gallern hinüber. Dieser sah bläß und erschütterter und sah mit einem unheimlichen Blick zu Gisa hinüber. Gisa aber war sich zusammengesetzt wie unter einem Schloge, der sie selbst getroffen hatte. Und sie war leidenschaftlich geworden, und ihre Augen hingen im hilflosen Sammer an dem Namen von Gallern. Sie hatte ein Gefühl, als müßte sie an den jäh heraufsteigenden Tränen arbeiten. Denn und Gisa wußten nun mit einem Male, was ihren Namen nun eben Preis hätte verhandeln wollen. Sie verstanden nun all ihre Angst und Not und konnten sich die Worte denken, die sie in ihrem Abschiedsbrief an Gisa über ihres Vertriebenes hatte. Und Hans von Gallern wußte nun, weshalb sie seine Werbung nicht hatte annehmen wollen, weshalb sie vor ihm gestoben und alle Spuren hinter sich verwischt hatte. Einen Moment hatte er bei dieser Erklärung das Bild der Geliebten wie von einem grauen Schleier verhüllt gesehen. Ein unglücklicher Schmerz presste ihm die Brust zusammen. Er verstand er nicht all ihre Not, ihre Verunsicherung und ihr bitteres Leid. Einen Augenblick wußte er nicht, was dieser Schlag in ihm bewirkt hatte.

Aber das war nur ein flüchtiger Moment. Gleich darauf rühte er, wenn auch mit bitterem Schmerz, doch diese furchtbare Entdeckung nicht imminde gewesen war, seine Liebe zu Maria zu entzünden. Wie ein Tropfen kamen ihm ihre Worte ins Gedächtnis, die sie in dem Brief an Gisa geschrieben hatte: „Ich habe es gewußt von meinem Vater, der schuldlos ein Verurteilter war, schuldlos, wie ich es bin.“ Schuldlos! In dieses Wort klammerte er sich. Tief atmete er auf. Ja — er mußte daran glauben, an dieses „Schuldlos“. Eines Mörders, eines Verbrechers Tochter konnte Maria nicht sein. Was würde wissen, was ein unglücklicher Schicksal des Vaters Maria geschick und mit Schmach beehrt hatte. Sie aber war rein und ungeschuld, das fühlte er mit erschütternder Gewißheit. Und ihr hilflos Verwirrten sah er nun im Bilde eines schmerzlichen Opfers. Trotz ihrer Liebe zu ihm war sie aus keinem Leben gegangen, um ihm nie mehr zu begegnen, weil er nicht wollte, daß er liebhaben sollte an ihrer Schwärze. Arme — arme Maria! Konnte, dürfte er denn nach alledem noch daran glauben, sie zu finden, sie an sich zu fassen? Konnte er eine Frau heimführen, die einem so besetzten Namen trug? Er fühlte, daß sich etwas in ihm gegen diesen Gedanken vergräbe. Abstreubend mußte er sich sagen, daß Maria das rechte Gemütskind geblieben war, als sie ihm sagte: „Ich darf nicht die Frau eines solchen Mannes werden.“ So sehr er Maria liebte — und er liebte sie mehr als je, so fühlte er — mußte er sich doch sagen, daß es unmöglich für ihn war, die Tochter eines verurteilten Mörders zu seiner Frau zu machen. Aber sie kost doch, daß ihr Vater schuldlos war?“ dachte er und klammerte sich an diesen Gedanken. (Fortsetzung folgt.)

... in dem Sinne ...

Nach ist es, der folgenden ...

Deshalb nochmals ...

Auf die ...

Warnung an die ...

Den ...

... Auszeichnung ...

... Personalnachricht ...

... Wegen des ...

... Die Ausgabe ...

... Die Polizeiverordnung ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

... Die ...

Sachse des ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... Theater ...

... 14 ...

... 125 ...

... 13 ...

... 2 ...

... 1 ...

... 2 ...

... 3 ...

... 4 ...

... 5 ...

... 6 ...

... 7 ...

... 8 ...

... 9 ...

... 10 ...

... 11 ...

... 12 ...

... 13 ...

... 14 ...

... 15 ...

... 16 ...

... 17 ...

... 18 ...

... 19 ...

... 20 ...

... 21 ...

... 22 ...

... 23 ...

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 2.50 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2.70 Mk.; durch die Post 2.70 Mk. einjährig. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3.— Mk. Einzelnummer 10 Pf.

—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:

—: Fernsprecher Nr. 324. —:

Anzeigenpreis: für die einseitige Zeile für 6 Wochen 50 Pf., im Restmonat 75 Pf., Offertexte und Nachweisungen 20 Pf. mehr. Platzbeschriftung ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigenannahme: 5 Uhr vormittags.

Nr. 268

Donnerstag den 14. November 1918

45. Jahrg.

Besserung der Lage.

Wir leben noch unmittelbar unter dem starken Eindruck der Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen. Diese Milderungen sind sehr erheblich; sie bedeuten, um es kurz zusammenzufassen, eine wesentliche Besserung der neutralen Zone, infolge deren hochwichtige Zentren des deutschen Wirtschaftslebens, um Weidenfeld, Ebersfeld, Darmen und Offen, dann Frankfurt und schließlich Karlsruhe und Freiburg außerhalb des Gebietes fallen. Eine erhebliche Erleichterung ist ferner die weitere Erleichterung der Frist der Räumung auf 30 Tage, und endlich die Aufhebung der Seesperre für Deutschland, allerdings in dem von den Gegnern für nötig erachteten Maße. Als Gegenleistung sieht auf der anderen Seite eine Erhöhung der Zahl der auszufuhrenden Umerseebote. Wir sehen also, daß Wilson und die Entente etwas zur Verbesserung geneigter sind, als es vor der Abdankung Kaiser Wilhelm II. der Fall war. Die volle Rücksichtlosigkeit auf der Gegenseite ist gebrochen; die neue Regierung des neuen Deutschland erweckt Vertrauen, man will ihr gegenüber offenbar nicht mit der Stelle der strafenden Gerechtigkeit ansetzen. Deutschland soll nicht zu Grunde gehen und kann nicht zu Grunde gehen. Die Kräfte, die gegenwärtig am Ruder sind, haben durch ihr gesamtes Verhalten gezeigt, daß sie das Zeug haben zum Renaissanz. Das wird auch auf der Gegenseite immer mehr anerkannt werden müssen, und was Deutschland an Hilfe braucht, das wird ihm werden.

Die Entente hat keine letzte Worte über die Milderung der Waffenstillstandsbedingungen gesprochen, hat Staatssekretär Solf eine zweite Folge lassen, durch die er den Wünschen eines Pazifistenfriedens entgegen. Schon ruhen die Waffen; und sie werden in dieser Form und in dieser Art nie mehr in Europa wieder führen. Ein sehr erfreuliches Zeichen ist auch der Aufruf, der von der Münchener republikanischen Regierung an die Regierungen der Entente ergangen ist. Mit den eindringlichen und ergreifenden Worten, wie sie einem Schriftsteller von Rang und Talent zu Gebote stehen, hat Kurt Eisner hier den wahren Sachverhalt der Situation Deutschlands und der Situation der Welt zum Ausdruck gebracht; er hat auf die Gefahr der anarchischen Auflösung, auf das Gebot der gei-

Die innere Lage.

Hindenburg an die Armee.

Der Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an die deutsche Armee folgenden Erlaß gerichtet:

An die Armee!

Der Waffenstillstand ist unterzeichnet worden. Bis zum heutigen Tage haben die unsere Waffen in Ehren geführt. In treuer Hingabe und Pflichtenfülle hat die Armee Gehaltendes vollbracht. In feiglichen Anglistischkeiten und zäher Abwehr, in hartem Kampf zu Lande und in der Luft haben wir den Feind vor den unseren Grenzen ferngehalten und die Heimat vor den Schrecknissen und Verwüstungen des Krieges bewahrt. Bei der wachsenden Entartung unserer Gegner, bei dem Jammern über uns bis an das Ende ihrer Kraft zur Seite stehenden Verbündeten und bei den immer drückender werdenden Ernährungs- und Wirtschaftsverhältnissen hat sich unsere Regierung zur Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen müssen. Aber aufrecht und hoch gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden befohlen. Aus dem Bewußtsein, daß wir unser Land und unsere Ehre bis zum äußersten verteidigt haben, spießen wir neue Kraft.

Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtet zu einem schnellen Rückmarsch in die Heimat — unter den obwaltenden Verhältnissen eine lärmere Aufgabe, die Gehobene und treue Pflichterfüllung von jedem einzelnen von Euch verlangt, ein harter Prüfschein für den Geist und den inneren Solt der Armee.

Im Kampf habt Ihr Euren Generalfeldmarschall niemals im Stich gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf Euren Willen, Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Telegramm der Volksregierung an die Oberste Volksregierung.

Die Volksregierung ist von dem Bundesrat befehlt, daß jeder unserer Soldaten nach den unzulässigen Leiden und den unerhörten Entbehrungen in kürzester Zeit nach der Heimat zurückkehrt. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Demobilisierung nach einem geordneten Plane vor sich geht. Falls einzelne Trupps militärisch zurückzuführen, so gefährden sie sich selbst, ihre Kameraden und die Heimat auf das schwerste. Ein Chaos mit Hunger und Not müßte die Folge sein. Die Volksregierung erwartet von Euch strengste Selbstdisziplin, um unermesslichen Schäden zu verhüten.

Wir ersuchen die Oberste Seeresregierung, das Selbster von vorheriger Erklärung der Volksregierung in Kenntnis zu setzen und folgende anzuordnen:

1. Das Verhältnis zum Vertrauen aufzubauen. Willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Offizier sind hierzu Vorbedingungen.

2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unablässig in der Heimat zu sein ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Durchführungsmaßnahmen in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Seebereich müssen unter allen Umständen aufrechterhalten werden.

3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimme in Fragen der Befestigung des Ufers, der Verhängung von Disziplinarrufen. Ihre oberste Pflicht ist es, auf die Vermeidung von Unordnung und Meutereien hinzuwirken.

4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamte, Gemeine und Mannschaften.

5. Gleiche Ansprüche in den Wohnungen. Gleiche Geldzulage für Offiziere und Mannschaften.

6. Bau der Hütte gegen Anarchie des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr oder zur Verbindung von Minderheiten Gebrauch zu machen.

Ebert, Saasa, Seidemann, Dittmann, Landsberg, Barth.

Ein Aufruf des Rates der Volksbeauftragten

Die Regierung setzte die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen, und verbindet mit Gehechtes:

Aufhebung des Vermögensaufzuges, sowie aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes, auch für Beamte und Staatsarbeiter, Aufhebung der Zensur, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsübung, politische Amnestie, Aufhebung des Gesetzes über den bayerischen Verfassungsvertrag, Aufhebung der Gemeindeverordnungen, sowie der Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter und die Wiedereinführung der Arbeitslosenbestimmungen. Spätest zu Neujahr soll der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten.

Die Regierung kündigt ferner an: Fürsorge für ausreichende Arbeitslosenstellen, Unterstützung von Erwerbslosen, Erhöhung der Beschäftigungspflicht bei der Kranken-

versicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung geregelter Volksernährung, die Aufrechterhaltung geordneter Produktion, Schutzes des Eigentums gegen die Eingriffe Privater. Alle öffentlichen Wahlen sollen nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht nach dem Proportionalverfahren für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen, auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung ergeht.

An die Marine!

Die Regierung hat an den Staatssekretär des Reichsmarineamtes folgenden Telegramm übersandt: Wir bitten für die gesamte Marine anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und strenge Ordnung in der Marine unter allen Umständen aufrechterhalten ist, daß daher bei Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur erfüllten Entlassung unbedingt zu gehorchen ist und daß eine Entlassung von Marineangehörigen aus der Marine nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen hat. Die Vorgesetzten haben ihre Waffen und Kanonen abzugeben zu lassen. Wo sich Soldatenräte oder Vertrauenskommissionen gebildet haben, haben sie die Offiziere in ihrer Tätigkeit zum Weiterarbeiten bis zur erfolgten Entlassung rückhaltlos zu unterstützen. Alle Besatzungen von Schiffen, militärischen Einrichtungen, Kriegsmaterial müssen unterbleiben. Alle Kräfte haben mitzuarbeiten, damit die Bedingungen des Waffenstillstandes beiderseitig und reiblos durchgeführt werden. An die Marine muß sich bewegt sein, daß von ihrer pflichterfüllten Mitwirkung bei der Ausführung des Waffenstillstandes alles abhängt. Wir bekommen Frieden nur, wenn wir die uns auferlegten Bedingungen des Waffenstillstandes getreulich erfüllen. gez. Ebert, Saasa, Seidemann, Landsberg, Dittmann, Barth.

Vorstehenden Erlaß bringe ich zur Kenntnis der Marineangehörigen.

Aufruf zur Bildung von Bauernräten.

Die neue deutsche Reichsregierung muß hiermit als Schlichter der ländlichen Bevölkerung ohne Unterbrechung der Arbeit die gemeinamer freiwillige Bildung von Bauernräten auf, um die Volksernährung, die Ruhe und Ordnung auf dem Lande, sowie die ungehinderte Fortführung der ländlichen Betriebe sicherzustellen.

Die Reichsregierung hat den Wunsch, die freiwillige Eingriffe zur Sicherung der Volksernährung auf das absolute Notwendige zu beschränken, in der Erkenntnis, daß freiwilligkeit und Selbstverantwortung schneller und besser zum Ziele führen, als heute die bürokratische Organisation. Je mehr die ländliche Bevölkerung durch freiwillige selbstgeschaffene Orts- und Gemeindevorstöße dem Lande beizubringen und fortzuführen die erforderlichen Lebensmittelmengen zur Sicherung der Volksernährung bereitgestellt werden, je weniger Zwangsmaßnahmen eingegriffen kommen. Die ländliche Bevölkerung hat es also selber in der Hand, diese auf das Mindestmaß zu beschränken. Die ländliche Bevölkerung kann verhindern sein, daß sie die Reichsregierung nach befristet schätzen wird vor allen willkürlichen Eingriffen Unberechneter in ihre Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Wenn der Eigentümer niemanden aus der Stadt auf das Land treibt und die von der Front zurückbliebenen Soldatenmassen regelmäßig versorgt werden können, wird es solcher Schutzmaßnahmen gar nicht bedürfen. Deshalb ist die freiwillige Leistung der erforderlichsten Lebensmittelmengen auf das absolute Notwendige zu beschränken. Die Ruhe und Ordnung auf dem Lande garantiert auch am besten die ungehinderte Fortgang der ländlichen Betriebe. Dieser Zusammenhang möge die ländliche Bevölkerung sich bewußt sein und alles tun, was in ihren Kräften liegt, das deutsche Volk in dieser schweren Zeit vor den Verhängungen der Feinde zu schützen. Niemand wird Unbilliges von ihr verlangen, wenn sie verantwortlich machen, wenn Transportverhältnisse oder andere Umstände Störungen in der Versorgung der Bevölkerung verursachen. Aber im eigenen Interesse und in dem der Volksgemeinschaft muß die ländliche Bevölkerung es ohne jeden Zögern die freiwillige Organisation von Bauernräten in die Hand nehmen.

Freiwilligere haben die beruflichen Organisations der ländlichen Landwirtschaft sich bereits mit einem solchen Vorhaben an die landwirtschaftlichen Vorgesetzten Deutschlands gewandt und sich mit der neuen Reichsregierung darüber verständigt. Jetzt gibt es, schnell zu



Color checker chart with 24 color patches and a ruler scale. Text: 'xrite colorchecker CLASSIC'.